Nr. 17. 37. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Freitag, 10. Januar 1908

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der abessinische Zwischenfall.

Der elegante und gewandte italienische Minister des Aeußeren, Herr Tittoni hat seine Amtszeit fleißig genutzt, um für die freundlichsten Beziehungen seines Landes zu allen Mächten zu wirken und ihm den Frieden zu wahren. Er ist in London und Berlin, in Desto und auf dem Semmering gewesen, hat die Irredenta beschwichtigt und ein wenig für die Zukunft des grün-weiß-roten Banners auf der anderen Seite der Adria getan. Er konnte befriedigt der Dinge harren, die da kommen sollen, gut gesichert und wohlvorbereitet.

Aber das Unvermutete geschieht immer zuerst. Aengstlich harrt heute der Minister in seinem Kabinett mit seinen Kollegen und dem ganzen italienischen Volke der Depeschen aus Addis Abeba. Man glaubt nicht an kriegerische Absichten des Regus Negesti, aber man hält sie doch nicht für ausgeschlossen. Man weiß ja, daß dieser sich über seine militärische Position nicht im unklaren ist. Sie ist stärker als die seines europäischen Gegners. Man weiß auch daß seine „Horden" zu kämpfen verstehen, nicht nach den Regeln der Haager Konferenz, aber nach den Regeln, die zum Erfolge führen.

Sollte nunwirklich der Krieg den diplomatischen Mystikern zufolge auf jede Haager Konferenz unmittelbar zu folgen pflegt, schon vor der Tür stehen? Sonderbar. Es muß natürlich ein außereuropäischer Krieg sein, wie es der Burenkrieg und der in der Mandschurei gewesen ist. Daß die Flotte Admiral Evans zu kriegerischen Ehren kommen werde, glauben heute ernstlich nur sehr wenige mehr. So könnte es sein, daß die Auflehnung gegen die „Völker Europas", die seit dem Tage von Tschuschima zum Programm des ganzen farbigen Teils des Menschengeschlechts geworden zu sein scheint, wieder einmal an einem Punkte zum Ausdruck kommt, auf den jene seit längerem ihr besonderes Wohlwollen konzentriert haben.

Vielleicht zerstreuen sich die Wolken so rasch, wie sie gekommen, vielleicht ist doch ein Gewitter im Anzug. Es wäre eine grausame Erfahrung für die europäische Diplomatie, wenn der Regus, der so still und nur leise grollend den französisch-französisch-italienischen Vertrag vom Jahre 1906 über sich ergehen ließ, auf diese Art den Spieß umkehrte. Dem Vertrag ist es schon schlecht genug gegangen. Das erste, was er stipulierte, war die Weiterführung der französischen Bahn von Dschibuti her bis Addis Abeba durch eine französische Gesellschaft, und diese ist vor kurzem erst und nicht zum Leide Meneliks, sagen wir höflich — in finanzielle Bedrängnis geraten. Der andere Punkt war, daß alle drei Mächte neben dem Prinzip der Aufrechthaltung der offenen Tür die Integrität und Unabhängigkeit des äthiopischen Reiches und seines Gebietes garantierten. Ein kitzlicher Punkt schon deshalb, weil die Grenzen dieses Gebietes sowohl nach der englischen wie nach der italienischen Seite hin keineswegs feststehen. Gegen Süden, nach der Kolonie British-Ostafrika zu, ist sie völlig unbestimmt, nur nach dem Sudan ist durch den Vertrag von 1902 eine sichere Linie festgesetzt. Von Italienisch-Somaliland aber wird Aethiopien nur durch einen idealen Streifen getrennt, der etwa dreihundert Kilometer von der Küste entfernt und ziemlich parallel mit ihr von Englisch-Somaliland bis zu dem wichtigen Punkt Lugh am Dahubafluße verläuft. Das italienische Protektorat über diesen Platz, an dem Italien einen Residenten und eine militärische Position unterhält, ist seither nicht angefochten worden. Nun zeigt es sich aber doch, daß seit einiger Zeit in aller Stille, und zwar auf Drängen Meneliks, Verhandlungen zur Grenzregulierung stattfanden. Sollte Menelik diese Gelegenheit benutzt haben, um den Vertragsmächten in Erinnerung zu bringen, daß er sich stark fühle, aus eigener Kraft die Integrität und Unabhängigkeit seines Gebietes zu wahren? Und daß sie besser täten, die Unversehrbarkeit ihres eigenen Gebietes den stolzen Urbewohnern des Landes gegenüber einander zu garantieren?

Sehr wahrscheinlich ist es nicht, denn es könnte ihnen doch schlecht bekommen. Eher ist möglich, daß, wenn der Deputierte Chiesi mit seiner pessimistischen Auffassung recht hat und der Regus um den Einbruch ins Benadir-Land gewußt hat, ein Druck auf die Verhandlungen ausgeübt werden sollte. Der Besitz von Lugh mag wohl in Abessiniens Wünschen liegen, und seine Abtretung mag leichter von den Italienern zu erlangen sein, wenn ihnen zu Gemüte geführt wird, wie schwer der Posten für sie zu halten ist. Denn die Mehrzahl der Stämme in dem dortigen Gebiet neigt dem Regus zu. Man erinnert sich auch, daß die Verwaltung der Benadir-Küste nicht immer so geführt worden ist, um in den Eingeborenen Sympathien für die Italiener entstehen zu lassen. Bei den Debatten in der italienischen Kammer über die Eingeborenenpolitik der Kolonialgesellschaften von Benadir sind Dinge zur Sprache gekommen, die stark an die Zustände im Kongo erinnerten. Auch die Ausdrücke „Sklaverei" und „Sklavenhandel" sind dabei gefallen. Die Regierung hat strenge Untersuchung und energische Untersuchung angeordnet, aber um zu erfahren, wieviel heute besser geworden ist, müßte man wohl selber die Reise ums Kap Guardafui unternehmen.

Zunächst also werden, so lange nicht das ersehnte Telegramm des Grafen Collibi Felizzano aus Adis-Abeba des Regus Abbitte überbringt, die Kreuzer „Caprera" „Aretusa" und „Colonna" drohend längs der afrikanischen Küste, möglichst nahe am abessinischen Hochland auf und nieder dampfen. Läßt die verlangte Genugtuung auf sich warten, so würden sich weitere Kriegsschiffe zu ihnen gesellen. Ob aber auch französische und englische? „Giorna le d'Italia" spricht von einer gemeinsamen Zwangsaktion Italiens, Frankreichs und Englands auf Grund des Vertrages von 1906. Ob aber die Drohung mit der gemeinsamen Blockade wirklich so schlimm ist, wie sie klingt? Abessinien ist keine Insel wie Sizilien, sondern eher ein Hochland wie die Schweiz, allerdings näher am Meere. Demnach ist zuzugeben, daß der Regus dem Zusammenhalten der Mächte gegenüber auf seiner Hut sein wird. Hat er Gründe gehabt, einmal eine „Razzia" vor sich gehen zu lassen, so hat er noch mehr Gründe, sie nicht zum Kriege auswachsen zu lassen.

Aber auch die europäischen Mächte werden lernen, dauernd auf der Hut zu sein. Sie freuten sich, als jüngst die Kunde kam, auch Menelik werde sich mit einem Ministerkabinett umgeben, des Fortschrittes der Zivilisation. So kommt die Mahnung denn zur rechten Zeit, daß das, was der Regus, wie der Zar und der Mikado e tutti quanti am meisten an der westlichen Zivilisation zu schätzen wissen — Hinterlader und Maschinengewehre sind.

Der Staatskonflikt in Oldenburg.

(Telegramm eines besonderen Korrespondenten.)

Oldenburg, 10. Januar.

Das gute Einvernehmen zwischen Krone und Volksvertretung hat in Oldenburg einen starken Stoß erlitten durch eine Geheimvorlage der Regierung in Sachen der Regentschaftsfrage, noch mehr aber durch die Verquickung der Regentschaftssache mit einer Personenfrage. Die Geheimvorlage des Großherzogs datiert vom 6. November 1906 und ist jetzt im Wortlaut bekannt gegeben. Ihr Inhalt wurde jedoch schon vorher in weiteren Kreisen besprochen. Nach einer Anordnung des Großherzogs vom Dezember 1900, zu der der Landtag seine Zustimmung erklärte, sollte die Großherzogin die Regentschaft führen, falls der Großherzog während der Minderjährigkeit des Erbgroßherzogs aus dem Leben scheiden sollte. Eventuell sollte der Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg die Regentschaft in Oldenburg übernehmen. Durch das Gesetz vom 19. Oktober 1904 wurde das Recht der Thronfolge im Großherzogtum nach dem Aussterben des Mannesstammes des Herzogs Peter Friedrich Ludwig der Glücksburger Linie des Hauses Schleswig-Holstein-Sonderling-Glücksburg verliehen. Otto Friedrich Ferdinand wäre also der nächste Anwärter auf die Thronfolge im Großherzogtum Oldenburg.

Durch die Geheimvorlage vom 6. November 1906 sollte bezweckt werden, dem Herzog Friedrich Ferdinand auch die Regentschaft zu sichern, falls der Herzog noch während der Minderjährigkeit des Erbgroßherzogs Nikolaus das Zeitliche segnen sollte. Diesem Ausschuß der Großherzogin von der Regentschaft hat der Landtag nicht zugestimmt. Er hat die Geheimvorlage einstimmig abgelehnt. Es erhob sich auch nicht eine Stimme, die eine Verteidigung der Regentschaftsvorlage auch nur versucht hätte.

Da kam die Antwort vom Regierungstische. Minister Willich erklärte im Namen des Großherzogs, daß angesichts der Ablehnung der Vorlage der Großherzog nicht gewillt sei, den Vizeoberstallmeister v. Wenckstern noch länger zu gestatten, die Geschäfte des Vorsitzenden der Körungskommission weiter zu führen. Die Mitteilung wurde mit einem Hohngelächter aufgenommen. Die Angelegenheit war damit für den Landtag zunächst erledigt. v. Wenckstern genießt als Vorsitzender der Körungskommission das höchste Vertrauen der Pferdezüchter des Landes, dem gab auch der Freiherr v. Frydag Ausdruck, der in der Versammlung von über 300 Pferdezüchtern am Sonnabend erklärte, daß es als ein Unglück bezeichnet werden müsse, wenn Herr v. Wenckstern seinen Wirkungskreis verlasse. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, Herrn v. Wenckstern die Möglichkeit zu geben, an der Spitze der Körungskommission zu bleiben. Die Deputation, die in dieser Angelegenheit am Montag beim Großherzog vorstellig wurde, hat jedoch wenig Hoffnung auf Erfüllung ihres Wunsches mit nach Hause genommen. Es ist zunächst schwer zu verstehen, daß die Regierung eine derartige Vorlage, wie die Regentschaftsgeheimvorlage es ist, überhaupt dem Landtage hat unterbreiten können. Ganz unbegreiflich ist aber, daß Ministerium und Großherzog die Regentschaftsfrage mit der Körungsangelegenheit haben verquicken und eine so unerwartete Kriegserklärung an die oldenburgischen Pferdezüchter haben erlassen können. Dieser Teil der Angelegenheit dürfte infolgedessen noch keineswegs als erledigt angesehen werden.

Der Großherzog selbst läßt den Landtag zunächst seine Ungnade fühlen: die Abgeordneten erhalten keine Einladungen zu Hofe und zu den Hoffestlichkeiten. Und der Landtag seinerseits hat diesmal die Entsendung des Präsidiums zur persönlichen Begrüßung des Großherzogs unterlassen. Durch derartige gegenseitige Nadelstiche wird der unerfreuliche Konflikt, der im Lande natürlich eine nicht geringe Aufregung hervorruft, nur noch mehr verschärft. Wie Großherzog und Landtag schließlich wieder zusammenkommen werden, ist noch gar nicht abzusehen.

Dr. Heim als Ministerstürzer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 10. Januar.

Der Land- und Reichstagsabgeordnete Dr. Heim, das enfant terrible der bayerischen Zentrumsparlei, ist nach seinem kürzlich unternommenen Husarenritt ins eigene Lager nach Niederbayern vorgestern in der Generalversammlung des unterfränkischen christlichen Bauernvereins, der auch eine ganze Reihe anderer Zentrumsabgeordneter beiwohnte, erschienen und hat dort dem stockultramontanen Kultusminister Dr. Wehner in aller Form den Krieg erklärt; denn der sei es, der „Prügel verdiene". Das Zentrum brauche in seiner heutigen Stellung vor solchem Minister keinen Respekt zu haben wie vor einem Gessler-Hut. Dr. Wehner sei alles andere als der „Kultusminister mit den achtzehn Zugenden", wie ihn die „Augsburger Postzeitung" (das führende bayerische Zentrumsorgan) bezeichnet habe. Das Zentrum werde mit diesem Herrn, der gemeinsam mit den Liberalen Hintertreppenpolitik treibe, gründlich abrechnen, und zwar sehr bald. Wenn ein Kultusminister sich so verhalte wie Dr. Wehner, so gäbe es nur eins — „runter vom Stängele!"

Die Ausführungen Heims wurden von stürmischen Beifallskundgebungen begleitet, an denen sich auch die anwesenden Zentrumsabgeordneten lebhaft beteiligten. Bei der Beratung des Kultusetats im bayerischen Landtag darf man sich demnach auf recht erbauliche Debatten gefaßt machen.

Fürst Bülows Antwort.

Die Wahlrechtsdebatte im Landtag.

So ist denn der große Tag angebrochen, an dem die preußische Regierung in Beantwortung der freisinnigen Interpellation in feierlicher Weise ihre Stellung zu der wichtigsten und dringlichsten Frage der inner-preußischen Politik, zur Frage der Wahlreform in Preußen, verkünden will. Der große Tag, von dem man noch immer nicht weiß, ob er ein historischer Tag sein wird in der Geschichte des preußischen Volkes oder nur ein mehr oder minder „kritischer", ein dies ater für den Block und seinen Schöpfer.

Auch unten im Saale ist heute ein wenn auch nur schwaches Spiegelbild der tiefgehenden Erregung draußen im Lande zu sehen: das Haus ist weit stärker besetzt als sonst, wenn auch lange nicht vollzählig. Dagegen drängt man sich auf den Tribünen „wie in Hungersnot um Brot an Bäckerkärren", und auf der Journalistentribüne zumal herrscht eine kaum je gesehene Fülle. Zehn Minuten nach 12 Uhr betritt Fürst Bülow den Saal, um alsbald mit dem konservativen Führer v. Heydebrand und der Lasa ein längeres, von eifrigen Gesten begleitetes Gespräch zu beginnen. Neben dem Reichskanzler erscheint sein Adlatus Herr v. Loebell, bald danach der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und die Riesenfigur des Ministers des Inneren v. Moltke — neben der l'autre hat ihn einmal bei der Königsberger Kant-Feier ein französischer Kollege getauft. Alle anderen Minister, vor allem der immer elegante „Pater Kapuziner" Herr v. Rheinbaben, fehlen. Dagegen ist in der Hofloge der Exminister v. Studt mit seiner Gattin erschienen.

Der freisinnige Antrag — „Antrag Aronsohn und Genossen" ist sein offizieller Titel — hat folgenden Wortlaut:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

1. unter Abänderung der Artikel 70, 71, 72 und 115 der preußischen Verfassungsurkunde für die Wahlen zum Abgeordnetenhause das **allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe** zur Einführung gelangt;

2. zugleich auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und entsprechend den Grundsätzen des Gesetzes vom 27. Juni 1860 eine **anderweitige Feststellung der Wahlbezirke** für die Wahlen zum Abgeordnetenhause herbeigeführt und die Gesamtzahl der Abgeordneten neubestimmt wird.

Zur Motivierung des Antrages betritt der greise, beinahe 78jährige Senior der freisinnigen Fraktionen, Geheimer Justizrat Albert **Träger** die Empore. In ausführlichen Darlegungen schildert der Redner, der auf den Tribünen leider fast unverständlich bleibt, noch einmal das ganze Elend des preußischen Wahlsystems, durch das in immer zunehmendem Maße gerade der Mittelstand und die minder wohlhabenden Klassen entrechtet, in immer wachsendem, unerhörtem Maße das platte Land gegenüber den Städten bevorzugt werde. Und in eindringlichen Worten muß er noch einmal die Selbstverständlichkeit des allgemeinen Wahlrechts, vor allem aber des direkten und des geheimen Wahlrechts begründen. Während der Rede wurden die Rechte und das Zentrum immer lauter, so laut, daß schließlich die Glocke des Präsidenten zur Ruhe mahnen muß, um die Worte des Redners nicht ganz untergehen zu lassen. Dabei versteht es Träger auch diesmal, die trockene und vielerörterte Materie mit seinem guten, alten Humor zu durchleuchten und erweckt damit auch bei dem Reichskanzler und Ministern mehr als einmal fröhliche Heiterkeit.

Unter lautloser Stille nimmt dann um 1 Uhr

der Reichskanzler

das Wort zu folgender, von ihm verlesenen Erklärung:

Seitens der königlichen Staatsregierung wird auch jetzt noch wie seit längerer Zeit erwogen, wie den unzweifelhaften Mängeln des bestehenden Wahlrechts abgeholfen werden könnte. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur mit Hilfe einer grundsätzlichen Aenderung desselben möglich sein wird, **läßt sich nochnicht übersehen. Doch steht schon jetzt fest, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde** (Lauter Beifall rechts) und deshalb **abzulehnen** ist. (Erneutes lebhaftes Bravo rechts.) Ich kann durch die Ersetzung der **öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen.** Jede gesunde Reform des preußischen Wahlrechts wird den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrechterhalten und sichern müssen sowie auf eine gerechte Abwägung des Gewichtes der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen. Deshalb wird geprüft, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung der Steuerleistung oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, wie **Alter, Besitz, Bildung** und dergleichen **zweckmäßig angeknüpft** werden kann. (Beifall.) Sobald die königliche Staatsregierung für diese Umbildung eine feste Grundlage gewonnen haben wird — **was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann** (Lautes Gelächter) — wird Ihnen eine entsprechende Vorlage zugehen.

Wie man zugeben muß, eine Erklärung, die klar und unzweideutig ist, aber wohl auch die schlimmsten Erwartungen unserer größten Pessimisten noch übertrifft! Sie wurde von der Rechten mit Beifall, von der Linken mit eisigem Schweigen, von den Tribünen mit Lachen und Zischen quittiert.

Der konservative Abgeordnete **v. Malkewitz**, der nach dem Fürsten Bülow das Wort erhält, ist über die Erklärungen der Regierung, die ja eine glatte **Kapitulation vor dem reaktionärsten Junkertum** ist, natürlich in hohem Grade entzückt. Herr v. Malkewitz betont,